

Kantonsapotheke soll an Unispital verkauft werden

Kritiker warnen vor einer Sanierung auf Kosten von Staat und Privatwirtschaft

JAN HUDEC

Für einen Mittelpolitiker wählt Lorenz Schmid harte Worte: Der Kanton Zürich habe einen unrentablen, überdimensionierten Koloss erstellt, für den nun wohl Abermillionen Franken Steuergelder verbrannt würden. Mit dem Koloss meint Schmid die Kantonsapotheke Zürich, einen siebengeschossigen weissen Bau im Schlieremer Industriegebiet, der vor vier Jahren offiziell eingeweiht wurde. Dort werden unter anderem Medikamente für die kantonalen Spitäler produziert.

Die Kantonsapotheke ist heute noch Teil der Zürcher Verwaltung, soll nun aber verselbstständigt werden. Gegen die Umwandlung in eine AG und den Verkauf der Aktien an das Unispital regt sich eigentlich kein politischer Widerstand. Das Parlament hat sich darauf geeinigt, dass es nicht Aufgabe der Gesundheitsdirektion ist, einen Produktionsbetrieb für Arzneimittel zu führen.

Schmid, der auch Präsident des Zürcher Apothekerverbands ist, kritisiert an der Gesetzesvorlage aber, dass sie es dem defizitären Staatsbetrieb erlaubt, im Markt mitzumischen und sich auf Kosten der Privatwirtschaft zu sanieren. Und dies erst noch mit einer kräftigen Anschubfinanzierung. «Damit sollen die Fehler verschleiert werden, die der Kanton in der Vergangenheit gemacht hat.»

Swissmedic stellt Ultimatum

Schmid ist längst nicht der Einzige, der in den letzten Jahren Kritik an der Kantonsapotheke geübt hat. Diese kam auch aus den Reihen von AL und Grünen, die von einem überdimensionierten und teuren Neubau sprachen. Die Hauptabnehmer der Apotheke, das Unispital Winterthur und das Kantonsspital Winterthur, beklagten sich derweil über die Mehrkosten. Und selbst die von Natalie Rickli (SVP) geführte Gesundheitsdirektion räumt heute ein, dass der Betrieb «erhebliche Defizite» aufweist, wie sie auf Anfrage schreibt.

Die heutigen Probleme haben ihren Ursprung in den 1990er Jahren. Die Kantonsapotheke ist damals über vier Standorte verteilt gewesen. Die Infrastruktur ist in die Jahre gekommen, so sehr, dass sie die Auflagen der Heilmittelbehörde Swissmedic nicht mehr erfüllt. Eigentlich müsste der Kanton handeln. Doch mehr, als immer wieder andere Neu- und Umbaupläne zu wälzen, bringt er während Jahren nicht zustande. Bis die Swissmedic 2013 genug hat vom Trauerspiel. Sie droht dem Kanton und ihrer Apotheke ultimativ mit dem Entzug der Bewilligung.



Die Kantonsapotheke beliefert die kantonalen Spitäler und stellt auch eigene Medikamente her.

SEVERIN BIGLER / AZM

Ein Bewilligungsentzug wäre insbesondere für das Unispital ein Desaster, schliesslich stellt die Kantonsapotheke wichtige Krebsmedikamente her. Gemeinsam mit einem privaten Investor gelingt es dem Kanton im Eilzugstempo, einen Neubau hochzuziehen. Dieser läuft ab 2018 im Vollbetrieb. Der Kanton mietet die Räume für knapp 5 Millionen Franken im Jahr.

Kritiker monierten damals, dass der Bau überdimensioniert und die Kosten zu hoch seien. Der damalige Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) verteidigte sich: Von einem überheblichen Bau könne nicht die Rede sein, sagte er 2018 zur NZZ. Auch der Leiter der Apotheke, Andreas Hintermann, bestritt, dass zu gross gebaut wurde. Zusätzliches Platz habe es wegen der strengen gesetzlichen Vorgaben gebraucht. Sowohl Hintermann als auch Heiniger räumten aber ein, dass die Kantonsapotheke noch freie Kapazitäten habe. Heiniger hatte damals die Hoffnung, dass sich zusätzliche Spitäler anschliessen und den Betrieb in Schlieren so besser auslasten würden. Das taten sie aber auch wegen der hohen Kosten nicht.

Die Kantonsapotheke ist also nicht ausgelastet und schreibt erhebliche

Defizite. Wie hoch diese genau sind, wissen selbst jene Parlamentarier nicht, die am nächsten dran sind. SP-Kantonsrat Andreas Daurù sitzt in der Gesundheitskommission, welche das Gesetz zur Verselbstständigung der Apotheke beraten hat. «Die Kantonsapotheke ist auch für uns ein Stück weit eine Blackbox geblieben», sagt er.

Hoher Abschreiber wird nötig

Bekannt ist aber immerhin, dass der Kanton vor dem Verkauf ans Unispital einen Teil des Werts wird abschreiben müssen. Wie viel, ist noch unklar, der Regierungsrat wird dem Parlament auf Ende Jahr einen Vorschlag unterbreiten. Ein Beschluss des Regierungsrats von 2019 lässt aber die Grössenordnung erahnen. Damals kam die Exekutive auf einen Abschreiber von satten 23,6 Millionen Franken, und dies bei einem Buchwert von 51,1 Millionen Franken.

Die Wertberichtigung hilft dem Unispital vorübergehend zwar, aber der Betrieb bleibt trotzdem defizitär. Um dies zu ändern, braucht die Apotheke neue Abnehmer. Und genau davor graut es Apothekenverbandspräsident Schmid. Er befürchtet, dass das Unispital seinen

Patienten vermehrt direkt Medikamente abgeben wird oder beispielsweise auch chronisch kranken Patienten die Arzneimittel nach Hause liefert.

Schmid hat in einem Kurzgutachten von Gesundheitsökonom Pius Gyger berechnen lassen, was die Folgen für die Apotheker sein könnten. Gyger kommt auf Basis einer Auswertung der Krankenversicherung Swica zum Schluss, dass das Unispital allein mit seinen hochgerechnet 320 000 Rezepten einen Umsatz von rund 80 Millionen Franken in den Zürcher Apotheken generiert. Dies entspreche immerhin rund 16 Prozent des Marktvolumens der in den Apotheken abgegebenen Medikamente. Die neue Konkurrenz könne in gewissen Gebieten zu einer Schliessung von Apotheken führen, was gerade für die ältere Bevölkerung von Nachteil wäre.

Die Kantonsapotheke könnte aber, so Schmid, nicht nur die Unispitalpatienten beliefern, sondern auch Altersheime oder die Spitex – und gar kleine Pharmafirmen konkurrenzieren. «So wie das Gesetz formuliert ist, hat die Kantonsapotheke freie Hand, sich auf Kosten der Privaten im Markt breitzumachen.» Und dies, obwohl sie als Teil des kantonalen Unispitals letztlich ein Staatsbetrieb bleibe.

In einem ebenfalls von Schmid in Auftrag gegebenen Gutachten kritisieren die beiden Staatsrechtsprofessoren Georg Müller und Stefan Vogel den Gesetzestext als problematisch. Er erlaube der Kantonsapotheke, sich neben ihrer Kernaufgabe «in erheblichem Ausmass in weiteren Geschäftsfeldern zu betätigen». Dies sprengt den Rahmen des Zulässigen und sei deshalb als Verstoß gegen die Wirtschaftsfreiheit zu werten.

Was sagt die Gesundheitsdirektion zu den Vorwürfen? Die Gesetzesvorlage orientiere sich am Status quo, Patienten könnten schon heute beim Spitalaustritt mit einem Rezept Arzneimittel bei der Kantonsapotheke beziehen. Der Hauptauftrag bleibe aber die Spitalversorgung. Gerade bei typischen Spitalmedikamenten bestünden Engpässe. Mit der Herstellung dieser Medikamente schliesse die Kantonsapotheke eine wichtige Lücke.

Keine Eröffnung von Filialen

Über die Frage der Konkurrenzierung von Privaten wurde auch in der Gesundheitskommission des Kantonsrats intensiv diskutiert. Doch warum hat das Parlament das Gesetz nicht restriktiver formuliert, um zu verhindern, dass die Kantonsapotheke künftig den Privaten das Geschäft wegnimmt?

FDP-Kantonsrätin Bettina Balmer sagt, dass die Kommission den Aufgabenbereich der Kantonsapotheke durchaus enger definiert habe, als es der Regierungsrat vorgeschlagen hatte. Zu eng sollte das Korsett aber auch nicht sein. «Wenn die Kantonsapotheke künftig schwarze Zahlen schreiben soll, braucht sie gewisse Entwicklungsmöglichkeiten», sagt Balmer. Gleichzeitig sei es der FDP aber natürlich auch wichtig, dass die Kantonsapotheke nicht anfängt, die niedergelassenen Apotheken zu verdrängen. Die rote Linie wäre aus Balmers Sicht dann überschritten, wenn die Kantonsapotheke beispielsweise diverse Filialen im Kanton eröffnen würde oder ihre chronischen Patienten als Versandapotheke mit Arzneien beliefern würde, die auch in der Apotheke um die Ecke erhältlich sind.

SP-Kantonsrat Daurù sagt, das Unispital habe versichert, nun nicht plötzlich diverse Filialen zu eröffnen. Aber auch er sieht es als notwendig an, dass die Kantonsapotheke neue Abnehmer findet, um sich zu sanieren. Ohne ihn habe er eher ein mulmiges Gefühl beim Gedanken, dass das Unispital nun einen defizitären Betrieb übernehmen müsse. Vielleicht müsse künftig einmal sauber aufgearbeitet werden, warum die Kantonsapotheke überhaupt in diese missliche Lage geraten sei.

Carmen Walker Spähs Rezept gegen die steigende Paketflut

Die Zürcher Volkswirtschaftsdirektion legt ein Konzept für den Güterverkehr vor

STEFAN HOTZ

Die Zahlen lügen nicht, der Trend ist eindeutig: Seit gut zehn Jahren legt der Onlinehandel stetig zu. Mit der Pandemie ist das Umsatzvolumen dieser Päckli-Wirtschaft nochmals markant auf deutlich über zehn Milliarden Franken angestiegen. Shutdown und Home-Office haben es für viele zur Gewohnheit gemacht, Einkäufe am Laptop zu erledigen.

Die geänderten Gewohnheiten haben Auswirkungen auf den Verkehr. Während der Bestand der schweren Lastwagen in der Schweiz seit über zehn Jahren fast konstant ist, stieg die Zahl der Lieferwagen bis zu einer Nutzlast von 3,5 Tonnen im gleichen Zeitraum jährlich an, um insgesamt mehr als 50 Prozent. Das ist nur ein Aspekt des Warentransports, aber ein spürbarer. Baustoffe und fossile Energieträger fallen schon länger buchstäblich mehr ins Gewicht. Der gesamte Güterverkehr des Kantons Zürich, im

Austausch mit der übrigen Schweiz und dem Ausland, als Binnenverkehr oder auf der Durchfahrt, belief sich 2019 auf 92,4 Millionen Tonnen im Jahr. Das kantonale Amt für Mobilität hat errechnet, dass dieser Wert bis 2040 auf 108 Millionen steigt. Heute werden 87 Prozent des Güterverkehrs auf der Strasse abgewickelt, nur 13 Prozent über die Schiene.

Mehr Pakete, weniger Fahrten

Zwar wird die Logistik etwa dank Wasserstoff-Lastwagen sauberer. Aber sie werde weiter als unangenehm empfunden, sagte die Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh (FDP) am Donnerstag vor den Medien. Güterverkehr sei eine Realität, aber niemand wolle sich so recht damit befassen. Nun legt das Amt für Mobilität der Direktion ein Konzept für den Güterverkehr und die Logistik vor.

Der Anspruch ist hoch. Dass die Versorgung mit Gütern und die Entsorgung

möglichst effizient und mit Verkehrsträgern erfolgen sollen, die Umwelt und Ressourcen schonen, versteht sich von selbst. Ziel ist es auch, durch die Bündelung von Transporten, das heisst durch die optimale Auslastung von Fahrzeugen, den wachsenden Warentransport zu bewältigen und die nötigen Fahrten gleichzeitig einzudämmen.

Zum Katalog der achtzehn Massnahmen, die aus den formulierten Zielen destilliert wurden, gehört ein altbekannter Werbespruch: «Für Güter die Bahn». Hier gilt es, einen neuen gesetzlichen Auftrag umzusetzen, nämlich die Pflicht, bei Grossbaustellen Aushub und Kies per Bahn zu transportieren. Wichtig ist nur schon, die bestehenden Verlademöglichkeiten zu erhalten und den Gütertransport auf der Schiene auszubauen. Da ergeben sich Zielkonflikte mit dem Ausbau des öV.

Heikler wird es, Möglichkeiten zum Güterumschlag zu erweitern. Eine Massnahme besteht darin, künftige Flächen für Umschlaganlagen, Anschluss-

gleise und die Lagerung und Konfektionierung zu bezeichnen; und das möglichst nah bei den Endverbrauchern, das heisst im städtischen Raum. Eine derartige Infrastruktur hat niemand gern in der Nachbarschaft. Markus Traber, Chef des Amtes für Mobilität, räumte ein, es werde schwierig, aber man beginne auch nicht bei null. Um die nötigen Einträge im kantonalen Richtplan vorzunehmen und diese Standorte auch grundeigentümerverbindlich festzulegen, rechnet der Kanton denn auch mit einem Zeitrahmen bis 2035.

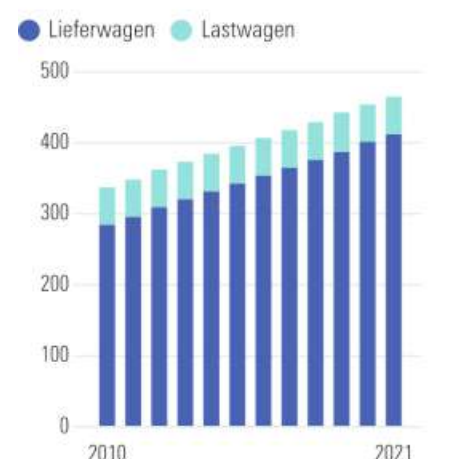
Bessere Auslastung angestrebt

Ein anderes Ziel besteht darin, die zunehmende Auslieferung von Paketen besser zu koordinieren. Es soll nicht jeder Dienst einfach seine Route abfahren. Über digitale Plattformen können die Lieferwagen besser ausgelastet und auf diese Weise die Fahrten reduziert werden. Hier will der Kanton diese Kooperation vor allem unterstützen.

Die Zahl der Lieferwagen steigt kontinuierlich

Entwicklung des Fahrzeugbestands für den Güterverkehr in der Schweiz

(in Tausend)



QUELLE: BUNDESAMT FÜR STATISTIK

NZZ / sho